

Daniel Günther: Wir brauchen mehr Straßen, Krankenhäuser und Bildungseinrichtungen



Daniel Günther

Schuldentilgung ist richtig. Richtig ist auch, dass diese Landesregierung etwa 2,5 Milliarden zusätzliche Steuereinnahmen verbucht. SPD, Grüne und SSW haben nirgends Ausgaben gesenkt. Ihr einziger Beitrag zur Entlastung des Haushaltes war die Erhöhung der Grunderwerbssteuer und damit

zu teuren Wohnraum. Sie selbst ist mit dem bundesweit höchsten Grunderwerbssteuersatz der größte Preistreiber.

Wie wollen Sie für stabile Steuereinnahmen sorgen?

Herr Günther, das Haushaltsjahr 2016 endet mit einem Überschuss von 565 Millionen Euro. Sie haben eine Senkung der Grunderwerbssteuer und Entlastung der Steuerzahler gefordert. Seit wann ist die CDU gegen Schuldentilgung?

die Belastung der Steuerzahler. Steuermehreinnahmen in dieser Höhe sind Anlass, den Bürgerinnen und Bürgern etwas zurückzugeben. Es gibt einen weiteren Grund:

Die Landesregierung schimpft über

zu teuren Wohnraum. Sie selbst ist mit dem bundesweit höchsten Grunderwerbssteuersatz der größte Preistreiber.

Wir brauchen wieder eine vernünftige Wirtschaftspolitik.

Diese Regierung hat in fünf Jahren nur Gesetzentwürfe zum Schaden der

Wirtschaft beschlossen. Wir dürfen über Bürokratieab-

bau nicht nur reden, wir müssen ihn machen. Und wir dürfen nicht Bundesgelder ungenutzt zurückgeben, weil im Bundesverkehrswegeplan eingeplante Millionen wegen mangelnder Planungsreife nicht verbaut werden können. Anpacken statt rum-schnacken ist meine Devise.

Wo wollen Sie Schwerpunkte setzen?

Wir brauchen mehr Investitionen in Straßen, Krankenhäuser, Breitbandversorgung und Bildungseinrichtungen. Wir brauchen bei der Inneren Sicherheit einen Kurswechsel. SPD, Grüne und SSW haben nur gesetzliche Veränderungen gemacht, die den Polizisten ihre Arbeit erschweren. Wir werden uns um die frühkindliche Bildung kümmern. Diese Regierung hinterlässt uns ein Kita-System mit den höchsten Elternbeiträgen, die wir je in Schleswig-Holstein hatten, wir sind bundesweit Spitzenreiter. Wir werden dafür sorgen, dass die Eltern deutlich entlastet werden.

In Schleswig-Holstein wächst die Kritik am Ausbau der Windenergie. Wie stehen Sie dazu?

Inhalt

Günther erhält Ritterschlag von Merkel	2
Altenbericht der Bundesregierung	3
„Zahl der Abgeordneten muss kalkulierbar sein“	3
Einheitslehrer, Einheitsschule	4
De lütten Aal (up platt)	6
Ruheständler wollen arbeiten	7
Die Grünen und die Polizei	7
Ich bin gern Deutscher	8

Wir haben zum Thema Windkraft eine dezidiert andere Position als diese Landesregierung. Ich halte die Energiewende für ein wichtiges Projekt. Sie wird jedoch nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Erfolg haben. Menschen haben kein Verständnis dafür, wenn wir immer mehr Windräder immer dichter an die Menschen bauen, der von diesen produzierte Strom jedoch überhaupt nicht genutzt wird. Solange die Netze nicht ausgebaut sind, wir keine Speichermöglichkeiten haben und wir den Strom nicht verbrauchen können, müssen wir das Ausbautempo drosseln. Wir werden die Abstände zur Wohnbebauung anheben – wir sind für 1200 Meter Abstand -, dafür werden wir andere Abstände reduzieren. Der Abstand zu Menschen ist uns wichtiger als der Abstand zu Kulturdenkmälern. Es gibt auch Kritik an der geänderten Planung der Landesregierung. In Küstennähe

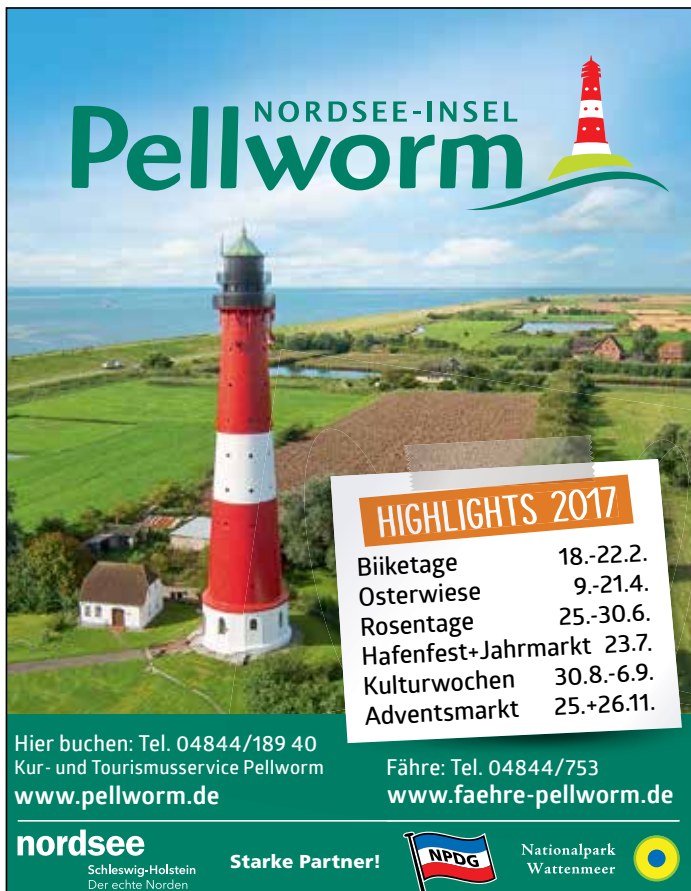
sollen Anlagen wegfallen, während vor allem im Binnenland neue entstehen werden. Die derzeit vorliegenden Regionalpläne werden von einer neuen Landesregierung unter meiner Führung komplett neu überarbeitet werden. Es macht keinen Sinn, Windeingungsflächen in den Regionen einzurichten, wo der Wind am wenigsten weht und der Widerstand am größten ist. Es macht ebenso wenig Sinn, in Regionen mit der größten Akzeptanz und dem besten Wind Anlagen abzubauen. Diese Planung der Albig-Regierung ist widersinnig. Wir werden rechtlich sicherstellen, dass die Gemeinden wieder ein Mitspracherecht bekommen. Ich glaube, dass man so die Bürger für das Projekt Energiewende wieder begeistern kann. Wir sollten auch das Thema Offshore mehr nutzen. Die sind mittlerweile wirtschaftlich konkurrenzfähig. Onshore erreicht irgendwann seine Grenzen, im Offshorebereich ist

deutlich mehr möglich, und es gibt deutlich weniger Widerstände.

Sie machen keinen Hehl daraus, dass die FDP Ihr Lieblingskoalitionspartner ist. Wenn das nicht reicht, streben Sie ein Jamaica-Bündnis an. Wie wollen Sie die Grünen mit ihrer Spitzenkandidatin Monika Heinold überzeugen?

Nach den neuesten Umfragen haben SPD, Grüne und SSW keine Mehrheit. Ich bin froh, dass Ministerpräsident Albig sich für diesen Fall in aller Offenheit für die LINKE als Mehrheitsbeschaffer ausspricht. Meine Prioritätensetzung ist klar: Am liebsten würde ich mit der FDP regieren, die zweite Priorität ist eine Koalition mit den Grünen, die dritte Jamaica. Die letzte Möglichkeit ist eine Große Koalition. Mit Rechts- und Linkspopulisten regiert man nicht. Ich glaube, dass das die Grünen auch so sehen. Kt

Daniel Günther erhält „Ritterschlag“ von Angela Merkel



NORDSEE-INSEL
Pellworm

HIGHLIGHTS 2017

Biiketage	18.-22.2.
Osterwiese	9.-21.4.
Rosentage	25.-30.6.
Hafenfest+Jahrmarkt	23.7.
Kulturwochen	30.8.-6.9.
Adventsmarkt	25.+26.11.

Hier buchen: Tel. 04844/189 40
Kur- und Tourismusservice Pellworm
www.pellworm.de

Fähre: Tel. 04844/753
www.faehre-pellworm.de

nordsee
Schleswig-Holstein
Der echte Norden

Starke Partner!

NPDG

Nationalpark
Wattenmeer



Hat Daniel Günther es bis jetzt verstanden, seine Partei und die Öffentlichkeit politisch zu begeistern, so hat er auf dem jüngsten Landesparteitag seinen endgültigen politischen Ritterschlag erhalten.

ten. Bundeskanzlerin Angela Merkel war nach Schleswig-Holstein gekommen, um die grandiose Nominierung Daniel Günthers mit knapp 90 Prozent der Delegiertenstimmen zum Spitzenkandidaten zu begleiten. Die Bundeskanzlerin bezeichnete ihn als „Hoffnungsträger“ der CDU im Norden für die Landtagswahl und wertete sein Programm als „umsichtig und klug für Schleswig-Holstein“. Aus ihrer positiven Würdigung des Programms leitete die Bundeskanzlerin Perspektiven für die Zukunft ab.

Es wurden auch noch weitere Personalentscheidungen für die nächste Zukunft gefällt. KLARtext gratuliert allen Kandidaten, die auf der Landesliste zur Wahl des 19. Bundestages stehen.

Auf den Plätzen 1 bis 10 sind dies:

- 1 Dr. Johann Wadehul WK 4 Rendsburg-Eckernförde
- 2 Norbert Brackmann WK 10 Herzogtum Lauenburg/Stormarn Süd
- 3 Dr. Sabine Sütterlin-Waack WK 1 Flensburg-Schleswig
- 4 Ingo Gädechens WK 9 Ostholstein-Stormarn Nord
- 5 Gero Storjohann WK 8 Segeberg-Stormarn Mitte
- 6 Astrid Damerow WK 2 Nordfriesland – Dithmarschen Nord
- 7 Thomas Stritzl WK 5 Kiel
- 8 Mark Helfrich WK 3 Steinburg-Dithmarschen Süd
- 9 Melanie Bernstein WK 6 Plön- Neumünster
- 10 Prof. Dr. Claudia Schmidtke WK 11 Lübeck

Altenbericht der Bundesregierung: Politik bemerkt den demografischen Wandel

Endlich scheint die Politik die Notwendigkeit erkannt zu haben, die Daseinsvorsorge für ältere Menschen zumindest theoretisch in ihre Zukunftsüberlegungen einzu beziehen. Der im November 2016 von der Bundesregierung veröffentlichte Siebte Altenbericht beschäftigt sich mit der kommunalen Daseinsvorsorge aus der Sicht der Senioren. Darin werden die Kommunen aufgefordert, vor Ort den demografischen Wandel zum Anlass zu nehmen, die Politik für ältere und mit älteren Menschen weiterzuentwickeln. Dabei komme es nach Ansicht der Bundesregierung auf die strukturellen, inhaltlichen und finanziellen Rahmenbedingungen an.

Waren es bisher meist Einzelfälle und Eigeninitiativen von Organisationen und Trägern, betont die Bundesregierung nun endlich die Notwendigkeit, alle wichtigen Lebensbereiche und die Lebensqualität des Miteinanders aller Generationen umfassend zu gestalten. Erfreulich, dass die Senioren in diese Überlegungen mit einbezogen werden sollen.

Bildung, Mobilität, soziale Kontakte, Daseinsvorsorge, Wohnumfeld, Selbstbestimmung, medizinische und pflegerische Versorgung sind dabei nur einige Bereiche, die es zu kultivieren gibt. Jürgen Feddersen, stv. Landesvorsitzender der Senioren-Union in Schleswig-Holstein und Mitglied im Bundes-

vorstand, betont in diesem Zusammenhang noch einmal die Forderung auf Änderung des Grundgesetzes: „Wir müssen endlich dazu kommen, die Altendiskriminierung als Verbot im Grundgesetz zu verankern.“

Damit könnten alle Selbstverständlichkeiten, die im Miteinander gepflegt werden, auch endlich auf die Bedürfnisse der Senioren ausgebaut werden.

Allgemein wird der Altenbericht von der Senioren-Union in dieser Form als längst überfällig betrachtet. Feddersen: „Mal sehen, wann wir etwas davon in der täglichen Praxis verspüren. Hoffentlich wird die Realisierung von Selbstverständlichkeiten für die Senioren nicht zur Jahrhundertstory“. Kt

„Zahl der Abgeordneten muss kalkulierbar sein“

Kein Wähler weiß, wie hoch die Zahl der Bundestagsabgeordneten nach der nächsten Bundestagswahl sein wird. Es können 630 sein, mehr als 700 sind aber auch möglich. Das hängt von der Anzahl der Ausgleichsmandate ab. Wolfgang Börnsen, Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender der Senioren-Union, schließt sich den Forderungen zahlreicher Initiativen und Abgeordneten an, die Zahl der Abgeordne-

ten zu deckeln. Wolfgang Börnsen befindet sich in prominenter Gesellschaft. Auch der scheidende Bundestagspräsident Norbert Lammert setzt sich für eine Begrenzung ein. „Das Wahlrecht muss unbedingt noch vor der Wahl im September geändert werden“, fordert Wolfgang Börnsen. Es könne nicht sein, dass die Kontrolle über die Größe des Bundestages Zufällen überlassen werde. „Wir dürfen uns über Frust bei den Wäh-

lern nicht wundern, wenn die Verlässlichkeit des Bundestages schon vor der Wahl ins Wanken gerät. Parteitaktische Überlegungen zur Größe unserer Volksvertretung sind dieses Gremiums unwürdig und tragen zu Misstrauen und Ablehnung bei den Wählern bei“, ist Wolfgang Börnsen von der positiven Wirkung einer Reform des Wahlrechts überzeugt. Kt



Wolfgang Börnsen

Einheitslehrer, Einheitsschule



Helmut Siegmon

Am 07. Mai 2017 ist Landtagwahl. Bildung ist Ländersache. Nicht nur deswegen haben die Parteien Bildung ganz oben auf dem Wahlkampfzettel. Die Küstenkoalition spürt, dass ihre rabiaten Reformen die Schulen und insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer nachhaltig überfordern und die leichtfertigen Erfolgsversprechen nicht eintreten wollen.

Jetzt übt sie sich vor der Wahl in realitätsfernem Selbstlob: „Schleswig-Holstein hat das beste Schulsystem, um das uns alle anderen beneiden“. Bloß keine Unruhe, keine Kritik! Schulfrieden! Probleme unter den Teppich oder postfaktisch Schwarz-Gelb und insbe-

sondere dem damaligen Bildungsminister der FDP, Dr. Klug, in die Schuhe schieben - postfaktisch, weil das Bildungsministerium bis auf die kurze Unterbrechung seit über 25 Jahren fest im Griff der SPD und der ihr nahestehenden GEW ist - dort liegt die Verantwortung. Die so erscheinende durchsichtige wahltaktische Devise beschädigt nicht nur die politische Glaubwürdigkeit. Dabei korrespondiert die Bedeutsamkeit des Bildungsthemas in starkem Maße mit der Unzufriedenheit der Eltern, Lehrer und Schüler über den Unterrichtsausfall, über marode Schulen, über Lehrermangel und dauernde Lehrerwechsel, über prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Abwanderung, über ausufernde unterrichtsfremde Bürokratisierung, über mangelnde Unterstützung und Ausstattung in der Inklusion und Integration, über Zeitmangel und Dauerstress, über die mangelnde Ausbildungsreife und Studierfähigkeit, über die gestiegenen Zahl der Schulabbrüche.

Besonderen Ärger und Verdruss bereitet die Diskrepanz zwischen den politischen Sonntagsreden der Regierenden und den tatsächlichen Arbeits- und Lernbedingungen an den Schulen, die sich stetig verschlechtert haben. Offensichtlich hat die Dänenampel ihre originären bildungspolitischen Aufgaben im Streit um den ehrgeizigen fundamentalen Umbau des schleswig-holsteinischen Schulwesens aus dem Blick verloren.

Die programmatische Leitlinie der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) ist nach wie vor gültig und wird von ihren Vertretern unter der vermeintlichen Zielperspektive der Bildungsgerechtigkeit konsequent vorangetrieben:

„Das grundlegende Ziel der AfB bleibt jedoch „eine Schule für Alle. Bis sich unser Schulsystem entsprechend weiterentwickelt hat, sehen wir ein gleichwertiges 2-Wegemodell als Zwischenschritt auf diesem Weg zum Ziel. Außerdem nehmen wir zur Kenntnis,

HAUS HOG'N DOR

HOMFELDT OHG

GF: MAGRET & MARTINA HOMFELDT

GEMEINSAM FÜR IHR WOHLBEFINDEN
FAMILIENUNTERNEHMEN SEIT ÜBER 30 JAHREN



Wir bieten:

Kurzzeitpflege · Vollstationäre Pflege · Urlaubs- u. Verhinderungspflege
Aufnahme aller Pflegegrade · beschützter Dementenbereich

Pflege von Beatmungspatienten · Aufnahme diverser Krankheitsbilder · Chorea Huntington Wohngruppe (NMS)

Wohnen auf Probe (WEF) · Friseur · Fußpflege · Restaurant & Café **FRIESENSTUBE**



Haus Hog'n Dor Westerrönfeld:
Hog'n Dor 1, 24784 Westerrönfeld
Tel.: 0 43 31 - 80 91 0
wef@haushogndor.de



Haus Hog'n Dor Norderstedt:
Alter Kirchenweg 2, 22844 Norderstedt
Tel.: 0 40 - 5 21 42 0
nrd@haushogndor.de



Haus Hog'n Dor Neumünster:
Klaus-Groth-Str. 37, 24534 Neumünster
Tel.: 0 43 21 - 2 00 46 0
nms@haushogndor.de

Für unverbindliche Informationen sind wir gerne für Sie da. Rufen Sie uns einfach an oder kommen Sie zu einem persönlichen Gespräch und einem Hausrundgang vorbei.

www.haushogndor.de

www.restaurantfriesenstube.de



dass es neben dem Wunsch vieler Eltern nach längerem gemeinsamen Lernen auch Eltern mit dem Wunsch nach dem Besuch eines Gymnasiums für ihre Kinder gibt.“ Immerhin, man nimmt einen Wunsch zur Kenntnis. Auf dem Weg zu diesem Ziel hat die Dänenampel aus SPD, Grüne und SSW in der zurückliegenden Legislaturperiode ganze Arbeit geleistet und bereits mit dem Einstieg des neuen wie umstrittenen Schulgesetzes weitere Gesetzes- und Verordnungsänderungen für die Zeit jenseits des Zwischenschrittes alle Weichen zur Egalisierung der Schularten gestellt und beteuert zugleich, die Gymnasien stärken zu wollen:

(1) Mit dem Lehrkräftebildungsgesetz im Jahr 2014 hat die Küstenkoalition für den Sekundarbereich kurzerhand den „Einheitslehrer“ geschaffen, mithin das eigenständige Berufsbild des Gymnasiallehrers abgewickelt und besonders in der zweiten Ausbildungsphase durch organisatorische Zwangsmaßnahmen den Schulartbezug weitgehend zerschlagen – mit weitreichenden Folgen des

Attraktivitätsverlustes und der Entprofessionalisierung.

(2) Die Abschaffung einer auf Begabungs- und Leistungseignung abgestellten Schulartempfehlung missachtet die im Schulgesetz § 44

(3) verankerte Schulartdifferenzierung. Dort heißt es nämlich: „Das Gymnasium vermittelt nach Begabung und Leistung geeigneten Schülerinnen und Schülern im Anschluss an die Grundschule eine allgemeine Bildung, die den Anforderungen für die Aufnahme eines Hochschulstudiums und einer vergleichbaren Berufsausbildung entspricht“.

(4) Mit der Implementierung von einheitlichen – in der Regel in den Anforderungen reduzierten - Fachanforderungen werden die Lehrpläne der Schularten obsolet und damit auch die curriculare Schulartbestimmung aufgehoben. Statt einer Schärfung der Profile der Schularten, wird eine Nivellierung und Angleichung betrieben. Die Liste weiterer flankierender Maßnahmen ist lang und reicht von pseudodemokratischen Abstimmungen im Rahmen der sog. Bildungsdialoge

bis hin zu sprachlichen Verschiebungen und begrifflichen Bereinigungen: z.B. heißt die „gymnasiale Oberstufe“ in Schleswig-Holstein entgegen der KMK Konvention nur noch Oberstufe. Das ist keine Kleinigkeit, zeigt es doch den multiplen Eifer der Einheitsschulmissionare in der SPD, den Grünen und dem SSW entlang ihrer strategischen Konzepte, in denen die Überwindung des bürgerlichen Widerstandes beschrieben ist. Die Fakten, die in den Programmen, Gesetzen, Verordnungen gesetzt sind, stehen in einem klaren Widerspruch zu den Beteuerungen, die gymnasiale Bildung stärken zu wollen. Das Schulwesen ist so komplex, dass Risiken und schädliche Nebenwirkungen von Bildungsreformen oder pädagogischen Experimenten lange unentdeckt bleiben. Umso wichtiger ist es daher, die sich abzeichnenden Fehlentwicklungen zu benennen und Korrekturen vorzunehmen, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist. Am 07.05.2017 ist Landtagswahl. Da können die Weichen neu gestellt werden. Helmut Siegmon

Ährensache.
Gebraut mit Küstengerste aus Schleswig-Holstein.

plöp'

BIER BEWUSST GENIEßEN.
das Dänische Erbe.

Flensburger Pilsener

Genuss erleben. Flensburger Pilsener.

60+ TIPP **Gruppenreisen mit Reisebegleitung**

Partner der **Senioren Union**

"Wir beraten Sie gern!"

Seit 30 Jahren organisieren wir Flug- und Busreisen, Tages- und Kulturfahrten und Radtouren. In der Region, in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt!

9 erfahrene Reisebegleiter stehen Ihnen auf unseren Reisen zur Verfügung. **Ob Sie allein, zu zweit, oder mit einer kleinen Gruppe** buchen möchten. Wir finden das richtige Angebot für Sie!

Oder möchten Sie, dass wir Ihnen für **Ihre Gruppe** (z.B. Ortsverband, Verein, etc.) eine interessante Gruppenreise organisieren? Kein Problem, da haben wir reichlich Erfahrung!

Schauen Sie gern in unseren **Katalog**, den Sie von uns kostenlos anfordern, oder von unserer Homepage herunterladen können. Oder rufen Sie uns an. **Wir beraten Sie gern!**

Ihr **Hubert Priemel** ehrenamtlicher Geschäftsführer, Vorsitzender der Senioren-Union im Kreis Stormarn **seit 1987**

UNION Reiseteam

Tel. 04102 – 899 723 Rondeel 4, 22926 Ahrensburg
Mo-Do: 9.30 - 12.00 Uhr www.union-reiseteam.de

De lütten Aal

De ole Amtsrichter Ketels verseeg, solange he dat Husumer Amtsgericht vörstunn, op Pellworm de Gerichtsdage stattfun. De weern en Privileg ut de Tied, as dat Pellwormer Amtsgericht oplöst wor. Disse Gerichtsdage op Pellworm weern to alle Tieden för de Gerichtsherrn ut Husum en Oplockerung, en Oort Flucht ut de ewige Trädmöhl ut de Alldag. As Amtsrichter Ketels mol wedder sien Dagwark op Pellworm achter sick bröcht harr, verleep he sick noch en bäten an de Haben hin un her de Beene. Dor wor jüst de nie Schlüüs buut, un en Motor pumpt dat Sammelwater ebentogs ut de Buugroov in de Haben. Vör dat Pumpenrohr hüng son Wierkorf för de Fall, dat dor mol en Aal mit dörkeem. De Amtsrichter stunn dor nu un keek en ganze Tied in de Korf rin, wor sick af un to en lötje Steert vun Aal verfung. As he dor nu so stunn, stellte Julius Hahn sick achter em. Ketels dreiht sick um, keek de Hahn an un wiest in de Korf: Segg mal, Hahn, gifft dat hier denn gor keen grötttere Aal? De awers sett sien smeerige Grientje op un antwortet: Tja, Herr Amtsrichter, dat müssen Se doch wull am eersten weeten. Se fangen ja ok blots de lötjen, de groden sind to plietsch! Nu harr de Amtsrichter de Antwort dorför, dat he em bi 'n Prozeß um en Motor rinseeln laten harr.

Doch dach he sacht: Hest recht, Hahn!

Emmy Jensen





Pure Entspannung · Kulturelle Highlights · Kulinarische Genüsse
Busse der 5 Sterne Kategorie





Entdecken Sie Ihren erlebnisreichen Urlaub
in unseren neuen Reisekatalogen

- ☆Kundenlounge & Abfahrtsterminal
- ☆Haus zu Haus Abhol-Service
- ☆Kostenlose Parkplätze
- ☆Treuebonus

Tel. 0461 14185 0

Neubauer Touristik GmbH · Neubauer · Marie-Curie-Ring 39 · 24941 Flensburg
www.neubauer-reisen.de · info@neubauer-reisen.de

Unser neues Buch ist ab sofort erhältlich!



Vertellen op Platt Band 1
Geschichten mit Bildern vom Lande
Bildband - 108 Seiten
ISBN-Nr.: 978-3-9810912-4-3

Hans Hermann Storm erzählt lustige und spannende Geschichten aus der Zeit Karls des Großen bis in die Gegenwart hinein.

Vervollständigt werden die Geschichten durch schöne Fotos aus dem Bestand von Hans Hermann Storm.

Das Buch ist erhältlich in allen Buchhandlungen, in der Geschäftsstelle der Landeszeitung, in allen Filialen der Friseurkette Mohr, der Geschäftsstelle des Mittelholstein Verlages, Hohenwestedt und dem Rendsburger Verlagshaus.



RD
DRUCK & VERLAGSHAUS

Rendsburger Druck & Verlagshaus GmbH & Co. KG
Nikolaus-Otto-Straße 12 Telefon: 04331 - 840366
24783 Osterrönfeld Telefax: 04331 - 840368
www.rd-druck.de info@rd-druck.de

Ruheständler wollen nicht zum „alten Eisen“ gehören

Anlässlich der aktuellen Veröffentlichungen von Eurostat, dem Europäischen Statistikamt und der Bundesagentur für Arbeit über Rekordzuwächse von Ruheständlern im Arbeitsmarkt erklärt der Landesverband der Senioren-Union u.a. in seiner Jahresbotschaft:

Ruheständler wollen nicht zum „alten Eisen“ gehören. Sie zeigen Kante und Verantwortung! Von Schleswig-Holstein bis Bayern bringen sich immer mehr Seniorinnen und Senioren in den Arbeitsmarkt ein. In den vergangenen fünf Jahren hat es bei Existenzgründungen einen Zuwachs von 100 000 Einzelunternehmen auf jetzt 350 000 Selbständige gegeben, über 40 Prozent mehr! Auch bei sozialversicherungspflichtiger Arbeit ist ein ähnlicher Trend zu beobachten,

über 200 000 im Alter von 65-75 Jahren sehen in der beruflichen Weiterfähigkeit eine sinnvolle Lebensarbeit. Auch wenn die „Alten“ es wöchentlich nur auf 15 Arbeitsstunden bringen, so federn sie doch manchen Facharbeitsmangel ab. Auf diese Mitarbeitsbereitschaft der „Silberlocken“ sollte der Bundesgesetzgeber zügig reagieren, fordert der Landes- und stellvertretende Bundesvorsitzende der Senioren-Union Wolfgang Börnsen. „Wir begrüßen es, dass mit diesem Jahr endlich die Flexirente in Kraft tritt, aber wir haben kein Verständnis für die Halbherzigkeit der Verantwortlichen in Berlin“.

Statt stufenweise die Flexiregelung umzusetzen, wie man es beabsichtigt, sollte man

Nägel mit Köpfen machen und die Neureute voll wirksam auf einen Schlag einführen. Damit würden noch mehr Ruheständler ermutigt, sich im Arbeitsmarkt verantwortlich einzubringen und manch ein Kleinrentner könnte sein Alterseinkommen verbessern.

Dass Senioren hohes Interesse an Beschäftigung haben, zeigt auch die Anzahl der Rentner bei den Minijobbern. Fast 900 000 sind es nach Angabe der Arbeitsagentur. Wenn der Bund nicht so handelt, so die Senioren-Union, sollten die Länder über den Bundesrat die Initiative ergreifen. Wirtschaft und Gesellschaft würden davon guthaben, wenn es mehr Unternehmen geben würde. Die Bereitschaft bei den Ruheständlern ist gegeben. Kt

Die Grünen und die Polizei

Polizeibeamte müssen überall dort, wo Grüne mitregieren, damit leben, dass nicht die Gesetzesbrecher als Sicherheitsrisiko angesehen werden, sondern diejenigen, die für Sicherheit und Ordnung sorgen sollen. Aktuelles Beispiel, das dem Fass den Boden ausschlägt, liefert die Grünen-Chefin Simone Peter. Sie hat sich in einem Interview mit der Rheinischen Post öffentlich dazu bekannt, dass sie die Polizei für ein Sicherheitsrisiko hält.

Wagen es doch tatsächlich deutsche Polizeibeamte, massenweise auf die Kölner Domplatte zumarschierende Männer, die sich als Flüchtlinge ausgeben, zu kontrollieren! Da spielt es keine Rolle mehr, ob im Jahr davor zu Silvester massenhaft Sexual- und Gewaltdelikte begangen wurden. Diese Diskussion wird von der Grünen-Frau Peter nicht geführt. Offenbar schert es sie und ihre Partei wenig, mit welcher Zielsetzung

junge nordafrikanische Männer plötzlich in Massen auftauchen. Vorsorgliche Kontrollen der Polizei werden von Frau Peter zum Anlass genommen, das Verhalten der Polizei ins Fadenkreuz ihrer Kritik zu nehmen und sie für einen polizeiinternen Begriff (Nafri für nordafrikanische Intensivtäter) verbal zu attackieren und somit ihre Integrität gegenüber deutschen Gesetzen in Frage zu stellen.

Der Polizei in den Rücken zu fallen oder deren Arbeit zu behindern hat bei den Grünen Tradition. Facebook-Recherchen nach Terrorverdächtigen werden herausgezögert, wie in Hamburg geschehen.

Oder die Polizei muss sich von Renate Künast vorwerfen lassen, sie habe in Würzburg den Attentäter, der mit einer Axt auf Zug-Reisende einschlug, leichtfertig erschossen.

Das Maß ist voll, sonst hätten die Grünen mit stärkerem Engagement ihre Leitfiguren in die Schranken gewiesen. Offenbar herrscht bei einer großen Zahl von ihnen geistige Übereinstimmung mit den Unglaublichkeiten ihrer Führungskräfte. Aus diesem Grund darf man die Grünen nicht wählen. Kt

IMPRESSUM

Herausgeber:

*Senioren-Union Schleswig-Holstein
Landesvorsitzender Wolfgang Börnsen*

Redaktion: Susanne Markfort

Landesgeschäftsstelle:

Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel

*Druck: Rendsburger Druck & Verlagshaus
GmbH & Co. KG*

*Nikolaus-Otto-Str. 12 · 24783 Osterrönfeld
Tel.: 04331-840366 · info@rd-druck.de*

Jürgen Feddersen: „Ich bin gerne Deutscher“



In einer Serie werden Mitglieder der Senioren-Union ihre Gründe dafür angeben, warum sie stolz sind, Deutsche zu sein. KLARtext beginnt

mit Jürgen Feddersen, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der Senioren-Union Schleswig-Holstein, der auch dem Bundesvorstand dieser Organisation angehört.

„Ich bin gerne Deutscher, weil ich als Kriegsjahrgang das wunderbare Gefühl

erleben durfte, im kriegsfreien Deutschland aufzuwachsen und die demokratische Entwicklung mit gestalten zu dürfen. Als Landtagsabgeordneter war ich hautnah mit der Politik meines schönen Bundeslandes Schleswig-Holstein verbunden und als Bürgermeister der meiner Meinung nach schönsten Insel Deutschlands, Pellworm, konnte ich bisher in Demokratie und Freiheit auf der unteren politischen Ebene kommunale Strukturen und Entwicklungen erleben und mitgestalten, die weit entfernt von zentralistischen Gedanken den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen vor Ort gerecht wurden. Das direkte Miteinander der Politik mit den Menschen, für die sie sich engagiert, ist ein hohes Gut, das

nicht in allen Ländern selbstverständlich ist. Mich macht es stolz, meinen Beitrag mit vielen anderen demokratischen Mitstreitern bisher geleistet zu haben, ohne Begleitmusik von Rechts- oder Linkspopulisten. Aber Achtung: Wir müssen höllisch aufpassen, unsere demokratischen Errungenschaften nicht neu aufkeimenden rechtspopulistischen Krakeelern zu opfern. Es würde mich besonders stolz machen, wenn alle demokratischen Kräfte, die die Bundesrepublik mit aufgebaut haben, sich diesen Verführern gemeinsam entschlossen mit allen zur Verfügung stehenden Kräften entgegenstellten. Ich bin auch gerne Deutscher, weil ich als solcher auch gerne den Bayern-Spieler Boateng zum Nachbarn hätte.“ Kt



Sie sind auf der Suche nach dem besonderen Ort...

...dann sollten Sie unbedingt lesen, was
Thomas Sörensen dazu zu sagen hat.

**Für 17,85 €
erhältlich bei**

„Auf der Suche nach dem besonderen Ort“ hält den Augenblick innerhalb und rundherum von Gebäuden und Orten fest, an denen Sie und ich täglich vorbei gehen, ohne ihnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist ein Blick hinter die Mauern dieser großen und kleinen Bauwerke; kein flüchtiger Blick – sondern ein aufmerksames Hinsehen. Die Menschen, die dort leben und arbeiten, werden – wenn überhaupt – nur zaghaft im Bild gestreift. Nichts ist gestellt, es gibt keine professionelle Studioausleuchtung, die Fensterbank ist voller Staub, die Mineralwasserflasche bleibt am Boden liegen... es ist eben der Moment, den es lohnt, festzuhalten. Und gerade dieser Moment macht Mut für die Zukunft: Falls die Zeit tatsächlich diese Orte einholen sollte, wird etwas Neues entstehen.



Rendsburger Druck & Verlagshaus GmbH & Co. KG
Nikolaus-Otto-Straße 12 Telefon: 043 31 - 84 03 66
24783 Osterrönfeld Telefax: 043 31 - 84 03 68
www.rd-druck.de info@rd-druck.de